



Presseschau vom 22.05.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Schweizer Studie: Jeder fünfte Schüler hat Corona-Antikörper – zwei Drittel davon bleiben symptomlos**

Eine Langzeitstudie der Universität Zürich ergab, dass im April 2021 etwa 20 Prozent der teilnehmenden Schüler Corona-Antikörper aufwiesen. Allerdings zeigte nur jeder Dritte von ihnen Krankheitssymptome. Der immunologische Schutz ließ sich noch ein halbes Jahr nach der vermutlichen Infektion nachweisen. ...

<https://kurz.rt.com/2iyg>

Susan Bonath: **Depressiv, vernachlässigt, suizidgefährdet: Kinder- und Jugend-Psychiatrien laufen über**

Laut OECD-Forschern leiden im Zuge des anhaltenden Corona-Lockdowns immer mehr Kinder und Jugendliche unter schweren Depressionen, Suchterkrankungen, Angst- und Schlafstörungen. Risikofaktor sei vor allem die Armut der Eltern. ...

<https://kurz.rt.com/2iyj>

snanews.de: **Vektor, Protein, inaktiviertes Virus: So funktionieren die drei Impfstoffe aus Russland**

„Sputnik V“, „Epivac-Corona“, „Covivac“ – Russland hat bereits drei eigene Impfstoffe zugelassen. Jeder von ihnen basiert dabei auf einem anderen Prinzip. Wie genau die

Impfstoffe funktionieren, erklärt SNA hier. ...

<https://snanews.de/20210522/impfstoffe-aus-russland-2161198.html>

de.rt.com: **Konflikt mit Russland: "Klimawandel" legt potenzielle Handelsrouten in Arktis frei**

In der Arktis prallen Ansprüche aufeinander. Die Rivalität um die Ressourcen im Meeresboden ist groß. Aus der Sicht der US-Regierung ist "ein Anlass zu Sorge", dass sich Russlands nördlicher Seeweg durch die Arktis als eine alternative Handelsroute durchsetzen könne. ...

<https://kurz.rt.com/2iw0>

de.rt.com: **Medienberichte: Bundesregierung plant Verlängerung der "epidemischen Notlage"**

Trotz sinkender Inzidenzen plant die Bundesregierung offenbar eine weitere Verlängerung der "epidemischen Lage von nationaler Tragweite" über den 30. Juni hinaus. Die "Notlage" ist Grundlage für zahlreiche Grundrechtseinschränkungen in der Corona-Krise. ...

<https://kurz.rt.com/2izo>

Anna Belchow: **Nur noch zwölf private Autofahrten im Jahr – Berlin als Vorreiter der Fahrradrepublik?**

Eine bessere Welt erfordert teils drastische Maßnahmen. Während der Berliner Senat nicht alle Forderungen der Kampagne Berlin Autofrei mitträgt, besteht Einigkeit, dass Autofahrer in der Stadt nichts bald mehr zu suchen haben. Außer, sie können sich ein E-Auto leisten. ...

<https://kurz.rt.com/2ivm>

Eva Bartlett: **Syrien: Westen verlangt Demokratie und schließt Botschaften, damit Exil-Syrer nicht wählen können**

In der 20. Kalenderwoche werden Syrer auf der ganzen Welt an den Präsidentschaftswahlen 2021 teilnehmen (die in Syrien selbst erst am 26. Mai). Das heißt, wenn die westlichen Staaten die syrischen Botschaften wieder öffnen, die sie vor Jahren so demokratisch schlossen. ...

<https://kurz.rt.com/2iwk>

abends/nachts:

snanews.de: **„Filmreife Kampfroboter“ – Verteidigungsminister über Russlands autonome Kampfsysteme**

Russlands Armee verfügt nach Darstellung von Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu über serienreife Waffensysteme mit einer Befähigung zum autonomen Kampfeinsatz. Man könne sie in Filmen zeigen.

Sogenannte „Waffen von morgen“ sind nach Aussage des Ministers das große Thema der russischen Armee. Man stecke enorm viel Arbeit in die Entwicklung solcher Systeme. Manches sei bereits serienreif, sagte Schoigu beim Wissensmarathon „New Knowledge“: Man verfüge „nicht einfach nur über Versuchsträger, sondern über Roboter, die man in Sciencefiction-Filmen zeigen könnte, zu autonomen Kämpfen befähigt“, so der Minister. Der russische Verteidigungsminister hatte bereits mehrfach erklärt, sein Ressort werde die Arbeit an der Ausweitung der Modellreihe von robotisierten Kampfsystemen fortsetzen. Die russischen Streitkräfte mit derlei Gerät auszurüsten, habe in seinem Ministerium Priorität. Ein Verband von 20 Kampfrobotern sei bereits im Aufbau begriffen. Ein Forschungszentrum des

Verteidigungsministeriums arbeite an dessen Einsatztaktik.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/05/15/2196092_0:146:3123:1902_1440x0_80_0_0_7077dbd9a305f4012d81a3d392efe926.jpg

snanews.de: **China nimmt Kryptowährungen ins Visier – Bitcoin-Kurs erlebt Absturz**

China hat am Freitag eine schärfere Regulierung in Bezug auf Kryptowährungen angedroht und damit bei diesen starke Einbußen ausgelöst. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters.

Bitcoin rutschte demnach um mehr als acht Prozent auf 37.520 Dollar ab. Die zweitwichtigste Cyber-Devise Ethereum büßte dreizehn Prozent ein und stand bei 2420 Dollar.

Chinas Vizepremier Liu He sagte, die Regierung werde gegen die Bergbau- und Handelsaktivitäten der virtuellen Währung vorgehen. Illegale Wertpapiergeschäfte würden unterbunden und die Stabilität der Aktien-, Anleihen- und Devisenmärkte werde aufrechterhalten. Liu ist der hochrangigste chinesische Beamte, der öffentlich ein Vorgehen gegen Bitcoin anordnet, und es ist das erste Mal, dass der Staatsrat explizit den Krypto-Sektor im Visier hat. Chinas staatlicher Sender CCTV warnte am Freitag in einem Kommentar auf seiner Website vor „systemischen Risiken“ des Kryptowährungshandels. „Bitcoin ist kein Anlageinstrument mehr, um Risiken zu vermeiden. Es ist vielmehr ein spekulatives Instrument“, sagte der Sender.

Bitcoin sei wegen der harschen Töne aus Peking zur Wochenmitte bereits auf ein Vier-Monats-Tief von 30.000 Dollar eingebrochen und sei am Freitag auf einen Wochenverlust von 24 Prozent zugesteuert, hieß es bei Reuters. China hatte Finanzinstituten untersagt, Dienstleistungen im Zusammenhang mit Kryptowährungen anzubieten. Viele der neuen Regelungen erweiterten frühere Beschränkungen und schlossen Schlupflöcher. Da der Markt weltweit noch kaum reguliert sei, würden Investoren fürchten, dass weitere Länder nachziehen könnten. Bitcoin kann rund um die Uhr gehandelt werden und zieht viele private Spekulanten an, was große Kursschwankungen zu unvorhersehbaren Zeiten begünstigt.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/13/1766815_0:67:3119:1821_1440x0_80_0_0_8a7d90dc3390e84ebd209c9db03e1ca0.jpg

snaneews.de: **Irans Revolutionsgarde präsentiert neue Mehrzweckdrohne**

Irans Revolutionsgarde (IRGC) hat am Freitag neue Modelle unbemannter Luftfahrzeuge (UAV) vorgestellt, die vom Militär übernommen werden.

Das neue UAV „Gaza“ verfügt laut Medienberichten über eine Reichweite von 2.000 Kilometern und ist in der Lage, eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen: Es könne ein Überwachungs- und Aufklärungsflugzeug sein, bei Such- und Rettungsmissionen helfen und die Bemühungen zur Minderung der Folgen von Naturkatastrophen koordinieren. Auch als Streikdrohne könne „Gaza“ fungieren. Das UAV soll bis zu 13 Bomben und rund 500 Kilogramm Ausrüstung transportieren können.

Die neue Mehrzweckdrohne sei bei einer Zeremonie präsentiert worden, an der der Kommandeur der Iranischen Revolutionsgarde, Generalmajor Hussein Salami, teilnahm. Die IRGC habe während der Zeremonie auch das Radarsystem „Quds“ und das Raketensystem „9 of Dey“ gezeigt.

Alle vorgestellten Waffen seien im Iran entwickelt und hergestellt worden. Das Land habe in den letzten zehn Jahren seine Verteidigungsindustrie aktiv weiterentwickelt und sich darum bemüht, die Einkäufe ausländischer Waffen zu ersetzen, die aufgrund eines UN-Verbots nicht mehr verfügbar waren. Teheran habe dabei bedeutende Ergebnisse im Bereich der Modernisierung seines militärisch-industriellen Komplexes und der Einführung von im Land hergestellten Luftverteidigungssystemen, Kleinwaffen, militärischen Schnellbooten, Kriegsschiffen und sogar Jets erzielt.

Das UN-Verbot für den Waffenverkauf an den Iran wurde 2020 trotz Protesten der damaligen Trump-Regierung aufgehoben, die damit drohte, Sanktionen gegen Länder zu verhängen, die Waffen an Teheran verkaufen. Die Position der gegenwärtigen US-Regierung in dieser Frage ist derzeit noch unklar.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/05/15/2197481_1:0:3642:2048_1440x0_80_0_0_e05faa252637573293bdcb248a535547.jpg

snaneews.de: **Afghanistan: Taliban brechen Feuerpause im Osten**

In Afghanistan hat die militant-islamistische Bewegung Taliban laut einem Reuters-Bericht von Freitag ihre Offensive gegen Regierungstruppen fortgesetzt, ohne Rücksicht auf die Bemühungen um Feuerpausen zu nehmen.

In einem Distrikt im Osten des Landes habe die radikal-islamische Gruppierung eine von Stammesältesten vermittelte einmonatige Waffenruhe gebrochen, berichtet Reuters unter Verweis auf Einwohner und Behördenvertreter.

Die am Dienstag begonnene Feuerpause sollte den Ortsansässigen eigentlich das Einfahren der Weizenernte ermöglichen. Außerdem sollten Studenten ihre Examen ablegen können. „Unglücklicherweise haben die Taliban ihr Versprechen nicht gehalten und haben Kontrollstellen der afghanischen Armee angegriffen“, sagte das Stammesoberhaupt Malik Wares im Distrikt Alingar der Provinz Laghman. Von den Taliban war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten.

Die Taliban hatten vergangene Woche einseitig eine dreitägige Feuerpause anlässlich des Zuckerfestes am Ende des Fastenmonats Ramadan erklärt. Unmittelbar danach nahmen sie die Angriffe auf Regierungstruppen wieder auf. Seit die USA im April bekanntgegeben haben, vom 1. Mai an bis spätestens zum 11. September ihre Truppen vom Hindukusch abzuziehen, haben die Taliban nach Angaben afghanischer Regierungsvertreter die Zahl ihrer Angriffe erhöht.

Berichten zufolge haben die Taliban seit Beginn des Abzugs der internationalen Truppen Anfang Mai bereits drei Bezirke übernommen. Zuvor waren bereits der strategisch wichtige Bezirk Nerch unweit der Hauptstadt Kabul sowie der Bezirk Burka im Norden des Landes an die militanten Islamisten gefallen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/05/14/2171822_0:143:3135:1906_1440x0_80_0_0_b15ad86df66082b1d5e9ff99692752b4.jpg

de.rt.com: **Baku: Aserbaidtschan schätzt Rolle Russlands bei Konfliktlösung in Bergkarabach**

Russlands Rolle bei der Lösung der Konfliktsituation in Bergkarabach wird seitens Aserbaidtschan sehr geschätzt. Dies erklärte der Regierungschef des Landes und betonte, dass Baku seine Verpflichtungen zur Deeskalation erfüllen werde.

Baku schätzt die Rolle Moskaus bei der Lösung der Situation in der Region Bergkarabach.

Dies verkündete der aserbaidtschanische Premierminister Ali Asadow bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Michail Mischustin am Donnerstag. Er sagte:

"Die aserbaidtschanische Regierung schätzt die Rolle, die Russland in dem 44-tägigen Krieg gespielt hat. Wir halten uns an die Verpflichtungen, die in der Erklärung verankert sind, die die Präsidenten von Aserbaidtschan und Russland und der Premierminister von Armenien am 9. November unterzeichnet haben."

Asadow erklärte auch, dass die stellvertretenden Ministerpräsidenten der drei Länder engen Kontakt halten, um die Umsetzung der Bestimmungen der Erklärung über die Verbesserung der Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen in der Region zu gewährleisten. Asadow betonte: "Aserbaidtschan bleibt seinen Verpflichtungen aus den Erklärungen vom 9. November und 11. Januar voll verpflichtet."

Am 9. November 2020 unterzeichneten der russische Präsident Wladimir Putin, der aserbaidtschanische Präsident Ilham Alijew und der armenische Premierminister Nikol Paschinjan eine gemeinsame Erklärung über einen vollständigen Waffenstillstand in Bergkarabach. Dem Dokument zufolge verbleiben Aserbaidtschan und Armenien auf den Positionen, die sie gehalten hatten, und russische Friedenstruppen wurden in die Region entsandt. Darüber hinaus wurden mehrere Bezirke an Aserbaidtschan zurückgegeben. Am 11. Januar 2021 unterzeichneten Putin, Alijew und Paschinjan nach einem Treffen in Moskau eine gemeinsame Erklärung über die Schaffung einer trilateralen Arbeitsgruppe zur Förderung der Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen in der Region.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/60a78217b480cc014a67b2e2.jpg>

snanews.de: **USA verhängen neue Sanktionen gegen Nord Stream 2**

Das US-Finanzministerium hat die Verhängung von Strafmaßnahmen gegen die am Bau der deutsch-russischen Gasleitung Nord Stream 2 beteiligten russischen Organisationen und Schiffe bekanntgegeben.

Die Liste umfasst demnach solche Organisationen wie „Seerettungsdienst“, „Mortransservice“, „Wärmeenergie-Eigentumsfonds Samara“, aber auch einige Schiffe, darunter die „Akademik Cherskiy“, „Spasatel Karew“ und „Baltic Researcher“.

Dabei erklärte zuvor der Außenminister Anthony Blinken, es liege nicht im Interesse Washingtons, Sanktionen gegen den Betreiber der Pipeline - die Nord Stream 2 AG - und dessen Management zu verhängen. Jen Psaki, die neue Pressesprecherin des Weißen Hauses, stellte fest, der Bau von Nord Stream 2 werde jetzt schwer zu stoppen sein. ...

rusvesna.su: **Das Außenministerium kommentierte die Schließung des US-Konsulats in Jekaterinburg**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, kommentierte die Schließung des US-Generalkonsulats in Jekaterinburg. Dies berichtete der Pressedienst des Außenministeriums.

„Im Zusammenhang mit der Einstellung der Aktivitäten des US-Generalkonsulats in Jekaterinburg, wie vom Leiter dieser diplomatischen Institution E. Storow in sozialen Netzwerken berichtet, möchten wir Sie auf Folgendes aufmerksam machen.

Die amerikanische Seite selbst traf ohne Einfluss von außen eine souveräne Entscheidung, die Arbeit dieser diplomatischen Mission sowie des Generalkonsulats in Wladiwostok ‚einzufrieren‘, was sich zweifellos negativ auf die Erbringung konsularischer Dienstleistungen nicht nur für russische Bürger, sondern auch für Amerikaner auswirkte. Unabhängig davon, welche Überlegungen in Washington getroffen werden, ist es auf jeden Fall unangemessen, ‚nach Schuldigen zu suchen‘ und diesen Schritt durch das in Russland eingeführte Verbot der Einstellung von lokalem Personal zu erklären.

Erinnern wir uns: Es waren nicht wir, sondern Washington, die einen langen ‚Visakrieg‘ auslösten, russisches diplomatisches Eigentum in den Vereinigten Staaten illegal beschlagnahmten und die russischen Konsulate in Seattle und San Francisco schlossen, was die Bewohner der gesamten US-Westküste vom Empfang konsularischer Dienstleistungen abhielt.

Trotz des ständig wachsenden Drucks der amerikanischen Behörden arbeiten die verbleibenden russischen Generalkonsulate in Houston und New York sowie die konsularische Abteilung der russischen Botschaft in Washington weiterhin mit vollem

Einsatz, ohne zu einem ‚Light-Regime‘ zu wechseln wie die diplomatische Mission der USA in Moskau. Konsularische Dienstleistungen werden von uns unabhängig von ungünstigen äußeren Umständen in den erforderlichen Mengen erbracht, sofern sich dazu auch nur die geringste Möglichkeit bietet. "



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/mid_rf_17.jpg

vormittags:

rusvesna.su: **Der Kreml reagiert auf neue US-Sanktionen gegen Nord Stream 2**

Der Kreml erklärte, dass er die Aktionen der Vereinigten Staaten verstehen möchte, die vor dem Hintergrund von Erklärungen über die Absicht, ein Treffen der Präsidenten beider Länder abzuhalten, neue Sanktionen gegen Nord Stream 2 angekündigt haben.

„Wir müssen es herausfinden. Bei den Kollegen ist alles wie gewohnt. Sie reden über eine Sache, tun etwas anderes“, sagte der russische Pressesprecher des Präsidenten, Dmitri Peskow, in einem Kommentar an Interfax und beantwortete die Frage, ob dieser Schritt Washingtons von Moskau bei der Entscheidung über ein mögliches Treffen zwischen Wladimir Putin und Joe Biden berücksichtigt werde.

"Mal sehen, was für uns besser ist", fügte Peskov hinzu.

Am 21. Mai kündigte das US-Finanzministerium die Aufnahme einer Reihe von Unternehmen und Schiffen in die Sanktionsliste an, die mit der Umsetzung des Nord Stream 2-Projekts verbunden sind. ...



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/peskov_putin_0.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 21. Mai 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

(Es folgt eine genaue Aufstellung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)
Beschossen wurden **Logwinowo** und **Solotoje-5** unter Einsatz von Granatwerfern und Schusswaffen. Insgesamt wurden **38 Geschosse** abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

rusvesna.su: **Der Kreml bezeichnete Kiews Schritt als den Plänen eines Treffens der Präsidenten entgegenstehend**

Die Einführung neuer Sanktionen gegen russische Unternehmen und Bürger durch die ukrainischen Behörden korreliert nicht gut mit Kiews Aussagen über den Wunsch, ein Treffen zwischen den Präsidenten Wladimir Putin und Wladimir Selenskij zu organisieren.

Dies erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dimitri Peskow, und kommentierte den neuerlichen unfreundlichen Schritt der ukrainischen Seite.

"Diese Praxis liegt eindeutig nicht in der Ebene der Vorbereitung eines Treffens zwischen den beiden Präsidenten", sagte Peskow in einem Kommentar gegenüber TASS.

Wir erinnern daran, dass das Büro (Verwaltung) des Präsidenten der Ukraine am 21. Mai berichtete, Selenskij habe die Entscheidung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 14. Mai über Sanktionen gegen eine Reihe von Einzelpersonen und juristische Personen in Kraft gesetzt. Unter ihnen sind russische Staatsbürger und Unternehmen, darunter der Gouverneur der Krim, Sergej Aksjonow. Außerdem wurden Sanktionen gegen die Oberhäupter der Volksrepubliken des Donbass Denis Puschilin und Leonid Pasetschnik verhängt.

Die von Selenskij genehmigten Maßnahmen beinhalten die Sperrung von Vermögenswerten, die Beendigung des Handelsbetriebs, die Verhinderung des Kapitalabzugs aus der Ukraine und andere Beschränkungen. Insgesamt wurden 674 Personen und 138 Unternehmen sanktioniert.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/putin_zelenskiy.png

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 21. Mai 3:00 Uhr bis 22. Mai 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der

Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)
In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Volvo-Zentrum), Shabunki, Nowolaspa, Kominternowo.**

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu allen Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 57.

snanews.de: **Zwei Erdbeben erschüttern China: Mindestens drei Tote**

In einem Abstand von wenigen Stunden haben sich in der Nacht auf Samstag in China zwei schwere Erdbeben ereignet. Dabei sollen drei Menschen ums Leben gekommen und weitere 27 Menschen verletzt worden sein. Das teilte die Agentur Xinhua am Samstag mit. Laut dem seismischen Netzwerk Geofon in Potsdam hatte das erste Beben eine Stärke von 6,4. Das Zentrum des Erdstoßes habe in der Autonomen Region Yangbi Yi in der Nähe des bei Touristen beliebten Ortes Dali gelegen.

Kurz darauf habe ein Beben der Stärke 7,4 den Nordwesten Chinas erschüttert. In der dünn besiedelten Region seien erhebliche Straßenschäden gemeldet worden. Mindestens zwei Brücken seien eingestürzt.

Lug-info.com: In der LVR sind am 22. Mai um 9:00 Uhr 4612 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 4021 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 429 Todesfälle.

snanews.de: **Linksfraktion erwidert ukrainischem Botschafter – Streitthema Freundschaftsvertrag mit Russland**

Vor Tagen hatte die Linksfraktion im Bundestag einen Freundschaftsvertrag mit Russland vorgeschlagen – und schon warf der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, der Linken „herabwürdigende Instrumentalisierung“ der Geschichte vor. In einer Antwort mahnt die Fraktion den Botschafter zur Vernunft.

„Der ukrainische Botschafter scheint leider den Antrag der Linken nicht vollständig gelesen zu haben“, antwortet die außenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sevim Dagdelen, in einer SNA vorliegenden Antwort.

„Unsere Forderung nach einem Bekenntnis historischer Verantwortung bezieht sich keineswegs ausschließlich auf Russland, sondern auf alle ehemaligen Sowjetrepubliken, also auch auf Weißrussland und die Ukraine.“

Gerade im Hinblick auf die Aufgabe der Sanktionsdrohungen der USA gegen die an der Nord Stream 2 beschäftigten Firmen bitte die Fraktion den ukrainischen Botschafter, seine abwehrende Haltung gegen die deutsch-russische Kooperationen noch einmal zu überdenken, so Dagdelen.

Linke fordert Annäherung „auch mit anderen ehemaligen Sowjetrepubliken“

Hintergrund des Streits ist ein Antrag, den die Fraktion am Mittwoch im Bundestag eingebracht hatte. Da am 22. Juni sich der Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion zum 80. Mal jähre, solle man den Jahrestag „zum Anlass nehmen, Verhandlungen über einen deutsch-russischen Vertrag mit dem Ziel aufzunehmen, Versöhnung und Freundschaft

zwischen Deutschland und Russland zu erreichen und zu verstetigen“, hieß es in dem Schreiben.

„Angesichts der 27 Millionen Toten infolge des faschistischen Raub- und Vernichtungskrieges in der Sowjetunion müssten gute Beziehungen und Freundschaft mit Russland lange schon Teil der deutschen Staatsräson sein“, argumentierte Dagdelen die Initiative.

Allerdings setzt sich die Linke laut dem Schreiben für den schrittweisen Abbau der bestehenden Visapflicht nicht nur mit der Russischen Föderation ein, sondern auch mit anderen ehemaligen Sowjetrepubliken sowie für die Belebung des Schüler- bzw. Jugendaustausches mit Russland und den anderen Ex-Sowjetrepubliken. Namentlich werden diese Republiken allerdings nicht erwähnt. Auch fordert die Partei die Bundesregierung auf, sich im Rahmen von EU und Nato verstärkt für allgemeine und weltweite Abrüstung einzusetzen und entschlossen auf den Abschluss und die Durchsetzung umfassender Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen hinzuwirken.

Vorwürfe des ukrainischen Botschafters

Der ukrainische Diplomat in Berlin, Andrij Melnyk, hat den Ansatz allerdings auf seine Weise interpretiert. Er kritisierte, dass andere ehemalige Sowjetrepubliken wie die Ukraine und Weißrussland, die ebenfalls Millionen Kriegsoffer zu beklagen hatten, in dem Antrag nicht erwähnt werden. Das seien eine „herabwürdigende Instrumentalisierung“ der Geschichte und ein „Schlag ins Gesicht der Millionen ukrainischen Opfer des Vernichtungskrieges“, so der Diplomat in einer Erklärung, die von der DPA zitiert wird. Die deutsche Koalition, aber auch die Opposition dürfe nicht zulassen, dass „die dunklen Seiten der NS-Geschichte politisch missbraucht werden“. Sonst laufe man Gefahr, die ukrainisch-deutsche Versöhnung in Frage zu stellen, warnte Melnyk.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/14/2170088_0:0:3000:1688_1440x0_80_0_0_e9e4bbdeff8c6798fba47abd81f2d2a9.jpg

Mzdnr.ru: Am 21. Mai wurden in der DVR 708 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 250 positiv, bei 36 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 22. Mai um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 37.101 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3810 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 30.527 als gesund entlassen, es gibt 2764 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 142 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 10 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 103 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1743 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 726 mit Sauerstoffunterstützung (+49 in den letzten 24 Stunden).

Im Ergebnis von 20 Expressstests wurden 15 Patienten entdeckt, die bereits eine Coronavirusinfektion durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1681

Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

de.rt.com: Russische Botschaft in Bogotá weist Vorwürfe wegen Anstachelung zu Gewalt in Kolumbien zurück

Seit Ende April kommt es in Kolumbien immer wieder zu massenhaften Protesten. Verteidigungsminister Diego Molano hat vor Kurzem Russland der Anstachelung zu Gewalt und mehrerer Cyberattacken beschuldigt. Die russische Botschaft in Bogotá weist diese Vorwürfe nun zurück.

Die russische Botschaft in Kolumbien hat am Freitagabend ihr Befremden wegen zweier Interviews des kolumbianischen Verteidigungsministers Diego Molano ausgedrückt. Die entsprechende Erklärung wurde unter anderem auf dem offiziellen Twitter-Account der russischen Vertretung in Bogotá veröffentlicht. Dort verwiesen die Diplomaten auf ein Gespräch des kolumbianischen Ministers mit der spanischen Zeitung El Mundo vom 17. Mai und auf sein Interview mit der kolumbianischen Zeitung El Tiempo vom 21. Mai.

Auf die Frage, ob es in sozialen Netzwerken eine ausländische Einmischung gegeben habe, um Menschen zu Gewalt anzustacheln, hatte Molano geantwortet, dass Cyberangriffe unter anderem von Russland aus verübt worden seien. Später sagte der Verteidigungsminister, dass es in sozialen Medien Informationen über mehrere Attacken und Mobilisierungsaufrufe aus Russland gebe.

Die russische Botschaft in Bogotá wies diese Anschuldigungen entschieden zurück. Solche "ernsthaften" Vorwürfe, die mit keinen konkreten Beweisen belegt seien, trügen keineswegs zur Entwicklung der "traditionell freundlichen" Beziehungen zwischen Russland und Kolumbien bei. Zugleich bedauerte die diplomatische Vertretung die Berichte über Tote bei den Protesten im südamerikanischen Land und drückte den Angehörigen der Opfer ihr tiefstes Beileid aus.

Die gewaltsamen Proteste hatten in Kolumbien am 28. April begonnen, nachdem die Regierung eine Steuerreform angekündigt hatte. Die landesweiten Demos arteten bald in gewaltsame Zusammenstöße mit der Polizei aus. Diese setzte auch scharfe Munition ein. Die Behörden bestätigten bislang den Tod von 15 Menschen, Menschenrechtler berichteten von mindestens 42 Todesopfern. Mehr als 1.900 Menschen erlitten Verletzungen, darunter 966 Polizeikräfte. Nach den landesweiten Streikaktionen zog Präsident Iván Duque die geplante Reform zurück.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/60a8a518b480cc1839523ba4.JPG>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am

22.05.2021

In den letzten 24 Stunden wurden **fünf Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 16. Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando von Kaschtschenko von den Positionen im Gebiet von Peski aus unter Einsatz von 120mm Mörsern zweimal das **Gelände des Volvo-Zentrums** beschossen und 14 Mörsergeschosse abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer der 58. Brigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus zwei Granaten mit Antipanzergrenatwerfern auf **Shabunki** abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 93. mechanisierten Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Brishinskij von den Positionen im Gebiet von Starognatowka aus **Nowolaspa** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 30 Granaten abgefeuert.

Von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus haben Kämpfer eines Panzergrenadierbataillons der 128. Gebirgssturmbriade unter Kommando des Brigadekommandeurs Gontscharuk **Kominternowo** mit 120mm-Mörsern beschossen und elf Mörsergeschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden **drei Verletzungen des zweitens Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 16. Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando Kaschtschenkos von den Positionen im Gebiet von Peski unter Einsatz eines 120mm-Mörserns das **Gelände des Volvo-Zentrums** beschossen und zwölf Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Gebirgssturmbriade auf Befehl des Brigadekommandeurs Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus zweimal **Leninskoje** mit Granatwerfern beschossen und sieben Granaten abgefeuert.

Im Vorfeld des Beschusses haben unsere Beobachter auf den Positionen der 58. Brigade ein **weißes Auto mit Symbolen des GZKK bemerkt, das eine weitere Partie Munition lieferte**. Bemerkenswert ist, dass mit Beginn des Beschusses der Vorstadt von Donezk durch ukrainischen Kämpfer die Vertretung der DVR im GZKK ein Regime der Ruhe anfragte, aber die ukrainischen Beobachter ignorierten unsere Anfragen und haben keine wirksamen Maßnahmen zur Einstellung des Feuers ergriffen.

Wir rufen die Beobachtermission der OSZE auf, sehr ernsthaft ihre Aufmerksamkeit auf diese Sachverhalte zu richten und auf die Verletzung der Genfer Konvention durch die ukrainische Seite zu reagieren, außerdem fordern wir von der Vertretung der Ukraine im GZKK, die Nutzung von Fahrzeugen mit Symbolen des GZKK auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte zu unterbinden, um die Beteiligung der ukrainischen Beobachter an Provokationen zu verhindern.

Die ukrainische Seite behindert weiter zielgerichtet die Tätigkeit der internationalen Beobachter, indem sie die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission blockiert. So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung verbotener Waffen der 10. und 93. Brigade zu verhindern, aktiv Stationen zur Funkblockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 20. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung im Gebiet von Oserjanowka und Bogdanowka eingesetzt werden.

Diese Verstöße von Seiten der ukrainischen Kämpfer werden auch von den Beobachtern der OSZE-Mission in ihrem Bericht vom 21.05.2021 bestätigt.

Nach Angaben unserer Aufklärung hat die Kommission des Verteidigungsministeriums der USA die **Inventarisierung des militärischen Materials, das im Rahmen der technischen**

Hilfe an die Ukraine von der US-Regierung in die 56. Brigade gegeben wurde, abgeschlossen. Im Ergebnis der Arbeit der amerikanischen Militärs wurde ein Schreiben an das Verteidigungsministeriums der Ukraine gerichtet, mit der Forderung, die Ursachen für das Fehlen und die gesetzwidrige Abschreibung von 17 Nachtsichtgeräten AN/PVS-14 und 15 Infrarotsichtgeräten Thermal Eye x320 zu erklären..

In der nächsten Zeit werden die Feldlager des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ und die Marineinfanterieeinheiten der Marinestreitkräfte der Ukraine derartig kontrolliert werden.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde während einer Übung der aktiven Kräfte und Mittel der Einheiten einer Abwehrraketenartillerieabteilung der 72. mechanisierten Brigade aufgrund von Nachlässigkeit des Personals eine Drohne „Leleka-100“ aus dem Bestand einer Aufklärungskompanie des Verbandes vernichtet, die zur Simulation von Luftzielen verwendet wurde. Statt einen Start zu simulieren, führte der Soldat Rjabko einen Kampfstart einer Rakete durch, die die Drohne vernichtete.

Derzeit erstellt das Brigadekommando einen Bericht an den übergeordneten Stab über die Vernichtung der Drohne durch Einheiten der Volksmiliz bei der Ausführung von Aufgaben zur Aufklärung der Positionen des Gegners.

Die Kette von Entdeckung von Waffen- und Munitionsdiebstahl in der OOS-Zone durch operative Mitarbeiter des SBU geht weiter. So haben Mitarbeiter des Staatlichen Dienstes für Notfallsituationen, die alte Minenfelder im Verantwortungsbereich der 5. bataillonstaktischen Gruppe der 81. Luftlandebrigade, die operativ der 59.

Panzergrenadierbrigade unterstellt ist, räumten, in der Nähe der ukrainischen Positionen ein Versteck mit Waffen und Munition entdeckt. Vor Ort eintreffende Mitarbeiter des SBU stellten fest, dass die zwei Kalaschnikow-Maschinenpistolen, 5 Granaten und 2000 Patronen für die Kalaschnikows, die sich in dem Versteck befanden, in der Buchhaltung der 81. Brigade als in der Folge von Beschüssen von Seiten der Volksmiliz vernichtet angegeben worden waren. Der Leiter des Feldlagers der Brigade wurde festgenommen.

ukrinform.de: **Gaspipeline durch die Ukraine dämmt russische Aggression ein – Außenminister**

Die Pipeline Nord Stream 2 werde im Falle seiner Fertigstellung nicht nur für die ukrainische Wirtschaft, sondern auch für die Sicherheit der Ukraine eine Herausforderung darstellen.

Dies sagte der Außenminister Dmytro Kuleba in einem Interview mit Radio NW.

„Nord Stream 2 ist im Falle deren Fertigstellung nicht nur eine wirtschaftliche Herausforderung für die Ukraine, sondern auch eine 100%ige Herausforderung für die Sicherheit der Ukraine. Die fehlende Notwendigkeit, die Infrastruktur des Gasverkehrs in der Ukraine aufrechtzuerhalten und zu schützen, wird ein zusätzlicher Anreiz für aggressives Vorgehen des Präsidenten Putin sein“, betonte Kuleba.

Darüber hinaus machte der Außenminister deutlich, er teile die Meinung der Experten, dass die Pipeline, die durch die Ukraine verläuft, dämme die russische Aggression ein.

Wie Ukrinform berichtete, haben die Vereinigten Staaten am 21. Mai die Sanktionen gegen vier russische Unternehmen sowie gegen 13 Schiffe (Gesetz zum Schutz von Europas Energiesicherheit PEESA) angekündigt, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt sind.

Nord Stream 2 von Russland durch die Ostsee nach Deutschland ist nach der Fertigstellung von mehr als 1200 Kilometern zu 94 Prozent fertig gebaut. Vor einem Jahr wurde der Bau von Nord Stream 2 durch US-Sanktionen gestoppt. Aber die russische Seite nahm ihre Arbeit mit Einverständnis der deutschen Seite wieder auf.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_05/thumb_files/630_360_1621684486-192.jpg

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponko

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **zwei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte von den Positionen im Gebiet von Luganskoje aus **Logwinowo** mit Granatwerfern beschossen. In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade **Solotoje-5** mit Granatwerfern beschossen. ...

de.rt.com: Putins Botschaft: Wissen muss wieder Hauptwert für russische Gesellschaft werden

Wladimir Putin sieht Russland als "Land einzigartiger Möglichkeiten" für begabte Menschen. Ihm zufolge soll Wissen wieder einer der Hauptwerte der russischen Gesellschaft werden. Bei einer Aufklärungsveranstaltung hat er gefordert, dass Wissen "zugänglich" sein solle. Am Samstag hat der russische Präsident Wladimir Putin in einer Videobotschaft die Teilnehmer des Aufklärungsevents "Neues Wissen" begrüßt. In seiner Ansprache bezeichnete der Politiker Russland als "Land einzigartiger Möglichkeiten" für aktive begabte Menschen. Das Wichtigste sei, seine Begabung und seine Stärken zu entfalten und dann zu handeln. Putin betonte zugleich, dass die unmittelbare Kommunikation auch im Zeitalter moderner Technologien durch nichts zu ersetzen sei. Die Tutorenschaft bleibe das wirksamste Instrument des Wissenstransfers. Wissen sollte heute wieder einer der Hauptwerte der russischen Gesellschaft werden. Dieser Wert sollte dabei nicht nur anlockend, sondern auch zugänglich sein.

Der russische Präsident unterstrich, dass die Arbeit der im Jahr 1947 gegründeten und vor einigen Jahren wieder ins Leben gerufenen Aufklärungsvereinigung "Wissen" auf alle Alters- und Interessengruppen gerichtet sei. Ihr Ziel sei es, aktuelle Informationen in allen Lebensbereichen sowie Erfolgsgeschichten von Ärzten, Armeeangehörigen, Lehrkräften, Geschäftsleuten, Wissenschaftlern und Kulturschaffenden zu zeigen. Abschließend wünschte Putin allen Teilnehmern viel Erfolg.

Die Aufklärungsveranstaltung "Neues Wissen" findet in diesem Jahr vom 20. bis zum 22. Mai in Moskau, Sankt Petersburg, Kaliningrad, Kasan, Nischni Nowgorod, Sotschi, Nowosibirsk und Wladiwostok statt. Jedes Jahr wird der Schwerpunkt auf einen der Bereiche wie Geschichte und Kultur, Wissenschaft und Technologie, Sport, Industrie und IT gelegt. Im Rahmen der Veranstaltung finden zahlreiche Vorlesungen, Diskussionen und Meisterklassen

statt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/60a8cd6e48fbef34fb65b8d2.jpg>

mil-lnr.su: Dringende Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 22. Mai 2021
Trotz des geltenden Waffenstillstands leiden örtliche Einwohner weiter unter der ukrainischen Aggression. Es wurde ein weiterer Fall festgestellt, dass Zivilisten auf eine von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte installierte Sprengeneinrichtung gerieten.

So wurden am Ufer des Sewerskij Donez im Gebiet von Slawjanoserbsk drei örtliche Einwohner verletzt, als sie auf eine Sprengeneinrichtung gerieten. Nach vorläufigen Informationen detonierte eine Sprengeneinrichtung, die vom Gegner von den Positionen der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus aus der Ferne am Ufer des Flusses installiert worden war.

Die Verletzten wurde in die Intensivabteilung des Lugansker Republikanischen Klinischen Krankenhauses eingeliefert, sie werden qualifiziert ärztlich behandelt.

Das Kommando der Volksmiliz wendet sich ein weiteres Mal an alle Bürger, seien Sie wachsam! Bei der Entdeckung explosiver Objekte nähern Sie sich diesen auf keine Fall und berühren Sie sie nicht! Informieren Sie unverzüglich telefonisch die Notfalldienste des Zivilschutzministeriums, des Innenministeriums oder der Militärkommandantur. Gehen Sie auf eine sichere Entfernung und lassen Sie bis zum Eintreffen von Spezialisten niemanden an diesen Ort.

snanews.de: Deutsche Großdelegation trifft zu Bildungsbesuch auf der Krim ein

Eine Großdelegation aus Deutschland ist am Samstag zu einem Bildungsbesuch auf der Krim eingetroffen. Das teilte der Vorsitzende des Ausschusses für Volksdiplomatie und zwischennationale Beziehungen im Staatsrat der Autonomen Republik Krim, Juri Gempel, im Gespräch mit der Agentur RIA Novosti mit.

Laut Gempel ist die 25-köpfige Delegation die größte seit dem Ausbruch der Coronavirus-Pandemie.

Die deutschen Gäste sollen an einem Internationalen Turnier für Hockey-Liebhaber neben Mannschaften aus der Republik Tatarstan, dem Gebiet Tschljabinsk und der Republik Krim teilnehmen.

Auf dem Aufenthaltsprogramm steht auch ein Treffen mit dem Vorsitzenden des Krim-Parlaments, Wladimir Konstantinow. Die Delegation soll ferner die Gedenkstätte „KZ Krasny“, den als Museum ausgestalteten Liwadia-Palast, die Stadt Sewastopol und das Ferienzentrums „Artek“ für Kinder besuchen sowie an einem Fußballspiel gegen eine einheimische Mannschaft teilnehmen.

Der Besuch findet unter dem Motto „Die friedliche Krim, mit eigenen Augen gesehen“ statt.

Die Krim-Führung hat nicht nur einmal Delegationen aus anderen Ländern zu einem Krim-Besuch eingeladen, damit die Gäste positive Veränderungen in der Region sehen und die Situation in der Republik objektiv einschätzen können.

Krim als Teil Russlands

Die Krim war im März 2014 – nach gut 22 Jahren in der unabhängigen Ukraine – wieder Russland beigetreten, nachdem die Bevölkerung der Halbinsel bei einem Referendum mehrheitlich dafür gestimmt hatte. Anlass für die Volksabstimmung war ein nationalistisch geprägter Staatsstreich in Kiew.

Die ukrainische Regierung erkennt die Abspaltung der Krim nicht an. Die westlichen Staaten haben den Sturz von Präsident Viktor Janukowitsch und die von der Opposition gestellte Regierung in Kiew akzeptiert, jedoch nicht das Krim-Referendum. Nach dem Beitritt der Halbinsel zu Russland verhängten die USA und die EU Sanktionen gegen Russland und die Krim.

Die russische Führung hat wiederholt erklärt, dass die Krim-Bewohner auf demokratischem Wege und in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und der UN-Charta für die Wiedervereinigung mit Russland stimmten. Laut dem russischen Staatschef Wladimir Putin ist die Krim-Frage „endgültig geklärt“.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/05/16/2203362_0:257:2731:1793_1440x0_80_0_0_85c9983011f3f108243bb9b07448bbbed.jpg